

die VZ für Fremdoptionen wurden im Berichtszeitraum deutlich reduziert, nämlich von fast 7000 in 1976 auf etwas über 4500 in 1984, als VZ — auf 1000 0–6-jährige berechnet — von 1,81 auf 1,27.)

- c) Formlose erzieherische Betreuung (Bestände und Zugänge): Im Gegensatz zu den eigentlichen „Maßnahmen“ hat sich die VZ für die „f.e.B.“ sowohl bei Beständen als auch bei den Zugängen erhöht; für die Bestände von einer VZ von 24,6 auf eine VZ von 27,9 zwischen 1976 und 1984, bei den Zugängen zwischen 1982 und 1984 (vorher nicht berechenbar) von 7,79 auf 8,43. Der Bestand betrug 1984 342 000; bei gleicher VZ wie 1976 hätte er jedoch nur rund 301 000 betragen dürfen. Die Differenz ist höher als das, was bei den „Maßnahmen“ abgegangen ist; die Gesamt-Versorgungsquote („Maßnahmen“ plus „f.e.B.“) betrug denn 1976 auch 34,1, 1984 aber 36,4. Oder noch anders ausgedrückt: war das Verhältnis von „Maßnahmen“ zur „f.e.B.“ 1976 ein Verhältnis von 100 : 260, so 1984 ein Verhältnis von 100 : 327. Die Differenz ist so groß, daß sie nicht auf statistische Artefakte zurückgeführt werden kann. Sie deutet an, was ja auch dem politischen Wunsch entspräche, daß Familien zunehmend häufiger unter lockere Aufsicht gestellt werden, aus dieser aber seltener eine „strenge“, d. h. vor allem fremdplazierende Maßnahme hervorging. Noch pointierter gesagt: der Rückgang „harter“ Familienkontrolle wurde mit einem Zuwachs an „weicher“ Kontrolle bezahlt.⁶⁾
- d) Bestände in verschiedenen Maßnahmen nach Bundesländern: Die Zahlen sind zu differenziert, um sie hier im einzelnen mitteilen zu können. Darum nur so viel: Es gibt kaum etwas, was von Bundesland zu Bundesland vergleichbar wäre. Die VZ für den Gesamt-Bestand in den Maßnahmen schwankte 1976 zwischen 6,6 (in Bayern) und über 20 (in Bremen und Berlin), 1984 zwischen 6,05 (wiederum Bayern) und wiederum 20. Was für die Gesamtzahl gilt, gilt auch für einzelne Maßnahmen, sei es für Familien- oder für Heimunterbringungen. In einzelnen Bundesländern haben Heimunterbringungen seit 1976 relativ zugenommen, in anderen Familienunterbringungen etc. Was sich hier andeutet, ist also, daß Art und Umfang von Jugendhilfeleistungen im hohen Maße vom jeweiligen Umfang sozialer Probleme, von sozialstrukturellen Faktoren, von ideologischen Präferenzen und von politischen Schwerpunktsetzungen abhängig sind.⁷⁾ Dies, daß Jugendhilfe ein gesellschaftliches Phänomen ist und seine Gestalt durch die jeweiligen Bedingungen innerhalb einer Region erhält, wird viel zu wenig berücksichtigt. So muß dann auch z. B. die weitverbreitete Hoffnung, ein novelliertes JWG könne mehr bundesweite Vereinheitlichung und mehr Gerechtigkeit für alle bringen, deutlich abgesenkt werden.

4. Daten zur Entwicklung von Heimstrukturen⁸⁾

Es wurde schon erwähnt, daß die letzten zur Verfügung stehenden Daten aus dem Jahr 1982 stammen. Hervorstechende Ergebnisse der Entwicklung zwischen 1976 und 1982 sind:

- Die Heimkategorien „Heime für werdende Mütter/Mutter- und Kind-Heime“, „Heime für Kleinst- und Kleinkinder“ und „Heime für Kinder und Jugendliche“ zusammengekommen, gab es einen Zuwachs von 137 Heimen, gleichzeitig aber eine Platzreduzierung um 17 000 Plätze und entsprechend eine Reduzierung der durchschnittlichen Platzzahl von 47,4 auf 33,2.
- Bei den Sonderheimen (seit 1982: Heime für behinderte Kinder und Jugendliche) gab es demgegenüber eine Reduzierung der Heimzahl von 410 auf 323 und einen Abbau von 7000 Heimplätzen. Die Durchschnittsgröße wurde aber, von der schon hohen Ausgangslage 69,3 aus, auf lediglich 66,4 gesenkt. Es ist dies noch einmal ein Hinweis auf die Sonderrolle der Sonderheime, die Vernachlässigung und Segregation „behinderter“ Kinder und Jugendlichen.
- Gegenläufig zur Gesamtrendenz haben die öffentlichen Heimträger nicht nur Heimplätze (von rund 11 800 auf 9100) abgebaut, sondern auch Heime (von 223 auf 212; ohne Sonderheime). Die Durchschnittsgröße wurde um 10 Plätze (von 53 auf 43) gesenkt. Der Zugang an Heimen geht ausschließlich auf das Konto der Freien Träger. Es kam im Berichtszeitraum zu 170 Neugründungen (von 1040 auf 1210), bei gleichzeitiger Platzreduzierung um 14 000 (von 59 000 auf 45 000) und einer Verringerung der Durchschnittsgröße um 21 (von 59,1 auf 37,8). Die privaten Träger sind in der Heimzahl nahezu stabil geblieben (355 bzw.

347 Heime), haben aber 1400 Plätze „abgegeben“ und entsprechend die Durchschnittsgröße gesenkt: von 19,9 auf 15,0. Die deutlichsten Umstrukturierungen gab es somit bei den Heimen der Freien Träger (bzw. deren Mitgliedsorganisationen), sie haben gegenüber den öffentlichen und privaten Trägern zudem an Terrain gewonnen.

- Angaben zu tatsächlichen Heimgrößen gibt es lediglich für das Jahr 1982. Rund 11 % aller Kinder und Jugendlichen lebten in Heimen (ohne Sonderheime) mit einer Platzzahl von unter 20 Plätzen, rund 28 % in Heimen mit einer Platzzahl von unter 40. Was nach dem Wunsch der „Kommission Heimerziehung“ für alle Heimkinder gelten sollte, galt 1982 also erst für rund 30 %. Ca. 35 % der Kinder und Jugendlichen lebten noch in Heimen mit einer Gesamtzahl von über 80 Plätzen (für Sonderheime lagen die Zahlen noch ungünstiger).
- Allerdings hat sich inzwischen ja eine beachtliche Zahl von vor allem größeren Heimen „binnendifferenziert“ oder als Verbund organisiert. Die Jugendhilfestatistik gibt hierüber keine Auskunft. Aus einer Handauszählung der 10. Aufl. des AFET-Heimverzeichnisses (mit Daten für 1981) ergibt sich aber:
 - Von den 939 dort verzeichneten Heimen hatten 178 weniger als 20 Plätze,
 - von den übrigen 761 Heimen wiesen 431 keinerlei Binnendifferenzierung auf,
 - die verbleibenden 330 Heime „verfügten“ zusammen über 251 Außenwohngruppen für Jugendliche, 215 dezentralisierte Wohngruppen, 68 heimabhängige Wohngemeinschaften, ca. 780 Plätze in „teilstationären Gruppen“, 300 angemietete Einzelzimmer und 200 „Erzieherfamilien“. Zusammen gab es in diesen Betreuungsformen 4140 Plätze.
- Entweder in kleinen Einrichtungen unter 20 Plätzen oder in einer der eben erwähnten Betreuungsformen lebten 6351 Minderjährige oder 12,7 % aller Untergebrachten (gemessen an der verzeichneten Gesamt-Platzzahl von 50 148 Plätzen). Da das AFET-Verzeichnis Kleinsteineinrichtungen deutlich unterrepräsentiert verzeichnet hat, entsprach dieser Prozentsatz auch 1981/82 nicht den wahren Verhältnissen. Unter Berücksichtigung der besseren Angaben in der Jugendhilfestatistik 1982 dürfte der „wahre Wert“ bei etwa 20 % gelegen haben. Weil die Entwicklungen in der Zwischenzeit rapide vorangeschritten sind,⁹⁾ wird man von einer Verdoppelung bis zum Jahr 1987 ausgehen dürfen. 4 von 10 Kindern und Jugendlichen würden, wenn diese Schätzung richtig ist, gegenwärtig entweder in einer kleinen Einrichtung oder in einer irgendwie dezentralisierten Gruppe oder einer sonstigen besonderen Form betreut werden.
- Interessante Entwicklungen gab es beim Personal der Heimerziehung, Daten liegen für den 1. 11. 1974¹⁰⁾ und für 1982 vor. Obwohl 1974 der „Bestand“ an Kindern und Jugendlichen fast doppelt so hoch wie 1982 war, hat sich der Personalbestand in den Heimen im Berichtszeitraum noch einmal von 32 403 auf 34 644¹¹⁾ erhöht. Deutlich sticht die Verbesserung des Qualifikations-Niveaus hervor: 1974 waren von allen in der Heimerziehung Beschäftigten 13,6 % Kinderpflegerinnen, 25,1 % Erzieher/innen und 6,6 % Sozialpädagogen; die entsprechenden Zahlen für 1982 waren 6 %, 41,9 % und 11,4 %. Verringert hat sich auch der prozentuale Anteil der Beschäftigten ohne Ausbildung (von 11,3 auf 6,2 %), des Verwaltungspersonals (von 1,54 auf 1,06 %) und der pflegerischen Berufe (von 9,2 auf 6,6 %). Bei den „Spezialisten“ gab es einen Zuwachs bei den Psychologen (in absoluten Zahlen: von 440 auf 615), insgesamt blieb die Spezialisten-Quote aber etwa gleich hoch (jeweils um 3,1 %), wobei die Art der Beschäftigungsverhältnisse jedoch nicht berücksichtigt ist (man kann annehmen, daß es sich 1974 noch häufiger um nebenamtlich beschäftigte Personen handelte).

5. Finanzierung der Heimerziehung

1976 wurden für die Heimerziehung 1,6 Mrd. DM aus öffentlichen Mitteln aufgewandt (Brutto-Gesamtaufwand). Dies machte 44 % des Gesamtaufwandes für die Jugendhilfe (ohne Verwaltungsaufgaben der Behörden) aus. Die Kosten je Untergebrachten (berechnet aus den „Bestands-Zahlen“) betrugen jährlich 21 450,— DM, die Kosten der Heimerziehung je Person der minderjährigen Bevölkerung 104,85 DM.